

# WISA vorwärts für Sachsen-Anhalt

## Eine Frage der Perspektive

Der Mitgliederentscheid zur Kennzeichnungspflicht

**D**er erste Mitgliederentscheid in der sachsen-anhaltischen SPD zum Thema Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist auf den Weg gebracht. Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung am 13. Februar zum Verfahren und zum konkreten Abstimmungsgegenstand des Entscheids verständigt. Der Mitgliederentscheid wird vom 19. März bis zum 16. April durchgeführt. In diesem Zeitraum haben alle Mitglieder die Möglichkeit, ihr Votum per Briefwahl abzugeben.

Bereits am 12. September 2011 hatte der Landesvorstand einen entsprechenden Grundsatzbeschluss gefasst, jedoch vor dem Beginn des Entscheids zwei Satzungsänderungen auf Landes- und Bundesebene abgewartet. So hat der Bundesparteitag das Mitgliederquorum auf ein Fünftel der Mitglieder gesenkt, d.h. der Mitgliederentscheid ist erfolgreich, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder abstimmen und eine Mehrheit positiv votiert. Zudem hat der Landesparteitag für Sachsen-Anhalt die Abstimmung per Briefwahl eingeführt.

Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbeamte wird gegenwärtig in vielen Bundesländern diskutiert. Zuletzt haben sich in Berlin die Landesverbände von SPD und CDU und in Baden-Württemberg die Landesverbände von SPD und Bündnis90/DIEGRÜNEN in den auf Landesebene geschlossenen Koalitionsverträgen auf die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbeamte nach bestimmten Maßgaben geeinigt.

In Sachsen-Anhalt ist das Tragen von Namensschildern den Polizeivollzugsbeamten bisher freigestellt. Das Ministerium des Innern erwägt, nur die Polizeibeamten außerhalb geschlossener Einheiten mit Namensschildern auszustatten. In geschlossenen Einheiten, die bei Demonstrationen zum Beispiel eingesetzt werden, sei eine einheitliche Kennzeichnung der Hundertschaften ausreichend.

Ob man für die Kennzeichnung ist oder dagegen, ist eine Frage der Perspektive. Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbeamte führt zu mehr Bürgernähe und Transparenz der Polizeiarbeit. Allerdings steht sie in einem Spannungsverhältnis zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Sicherheitsbedürfnissen von Polizistinnen und Polizisten. Diesem Bedürfnis kann durch die Einführung von sog. rotierenden Ziffern Rechnung getragen werden. Rotierende Ziffern sind individuelle, wechselnde Kennziffern. In der sachsen-anhaltischen SPD gibt es keine eindeutige Position zu dem Thema. Der Landesparteitag 2009 hatte sich für eine Kennzeichnungspflicht ausgesprochen, mit einer sehr knappen Mehrheit. Da wurde „für uniformierte Landespolizeibeamte die Einführung von gut und leicht erkennbaren Personenidentifikationsnummern bzw. Erkennungszeichen an der Einsatzbeklei-

dung“ gefordert. Die Identifikationsnummer sollte so gestaltet sein, dass „sie die Persönlichkeitsrechte des Beamten nach außen hin wahrt, jedoch landespolizeilich intern eindeutig einem Beamten zuzuordnen ist. Damit soll ein betreffender Beamter im Beschwerdefall eindeutig für den Beschwerdeführer identifizierbar sein.“ Die Aufnahme einer entsprechenden Forderung ins Landtagswahlprogramm fand 2010 – ebenfalls knapp – keine Mehrheit.

Der Mitgliederentscheid soll das ändern. „Jetzt haben alle Mitglieder die Möglichkeit, ihr Votum abzugeben und das Thema zu entscheiden“, erklärte die Landesvorsitzende Katrin Budde. „Wir wollen damit Klarheit für das Thema in der SPD bekommen. Ein solcher Mitglieder-

entscheid entspricht zudem dem Anspruch der SPD auf mehr Mitgliederbeteiligung.“ Gegenstand des Mitgliederentscheids ist die Frage nach dem Umgang mit dieser Kennzeichnung. Die Frage lautet: „Bist Du dafür, dass Vollzugs-polizisten und -polizistinnen des Landes Sachsen-Anhalt zukünftig im Innen- und Streifendienst ein

Namensschild und in geschlossenen Einsätzen anstatt ihres Namens eine sogenannte rotierende Ziffer gut sichtbar an ihrer Uniform oder ihrem Einsatzanzug tragen?“

Die Jusos, Antragsteller des 2009er Antrags haben den Mitgliederentscheid zustimmend und mit Zuversicht aufgenommen. „Mit dem Verfahren, ein auf Landesparteitagen und in der öffentlichen Debatte immer wieder heiß diskutiertes Thema durch die gesamte Mitgliedschaft diskutieren und entscheiden zu lassen, betritt die SPD in vorbildlicher Weise Neuland“, erklärte der Juso-Landesvorsitzende Andrej Stephan. „Wir Jusos begrüßen dies uneingeschränkt, weil wir nicht nur das Thema in die Partei getragen haben, sondern ganz grundsätzlich für eine Stärkung der Mitgliedsrechte eintreten.“

In den folgenden Wochen und Monaten sollen in den Kreis- und Stadtverbänden Diskussionsveranstaltungen mit ausführlicher Darstellung von Für und Wider zur Kennzeichnungspflicht angeboten werden. Aus Sicht des SPD-Parteinachwuchses müssen diese von der Mitgliedschaft auch wahrgenommen werden.

„Im Gegensatz zu zeitlich knapp bemessenen Parteitagebänden haben wir nun die Chance, ein Thema konzentriert und in gebotener Ausführlichkeit kontrovers und abwägend miteinander zu besprechen“, so Stephan.

Unabhängig von der Haltung zum Thema sollten sich alle am Mitgliederentscheid beteiligen. Das ist keine Frage der Perspektive. ■

Im nächsten **Vorwärts** wird eine Pro-Kontra-Argumentation zum Thema erscheinen. Das soll Euch als inhaltliche Hilfestellung für Eure Entscheidungsfindung helfen.



Liebe Genossinnen und Genossen,

Déjà-vus sind selten im politischen Leben, das vorletzte Wochenende hat uns dennoch eines beschert. Gemeinsam mit CDU/CSU und FDP haben SPD und Grüne ihren Kandidaten von der letzten Bundespräsidentenwahl, Joachim Gauck, auf den Schild gehoben. Das entspricht der gefühlten Stimmungslage in der Bevölkerung und nährt die Hoffnung, dass die Amtszeit Wulff als unbedeutendes Interregnum in die Geschichtsbücher eingehen wird. Gaucks Wahl in der Bundesversammlung dürfte Formsache sein. Gut so!

Ein einfacher Bundespräsident wird er allerdings nicht sein, weder für die Menschen, er ist erklärter Gegner der Politikverdrossenheit, noch für den Politikbetrieb, er ist ein unbequemer Mahner, und schon gar nicht für das linke Lager um die SPD, denn Gauck ist bekennender Konservativer, dessen politische Ansichten nicht selten gegen die der Sozialdemokratie stehen.

Schlimm ist das nicht. Wer einen politischen Menschen im Amte will, der muss ihm politische Standpunkte lassen, auch wenn es nicht die eigenen sind. Die Linke hat das nicht begriffen, sie lehnt den Demokratielehrer Gauck ab. Das entbehrt nicht einer gewissen Tragik, denn sie hätte ihn am meisten nötig!

Eure

Katrin Budde

## Wie, wo, wann?

Zum Verfahren  
des  
Mitgliederentscheids



Der Mitgliederentscheid zur Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen findet nach Maßgabe der §§ 3a und 3b der Satzung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt und auf Grundlage des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der dazu ergangenen Richtlinie in der Zeit vom 19. März bis 16. April 2012 statt.

Der Mitgliederentscheid wird in unmittelbarer und geheimer Form durch Briefwahl vorgenommen. Als Eingangdatum gilt der Poststempel. Es finden einheitliche Stimmzettel Verwendung. Enthaltungen sind gültige Stimmen. Ungültig sind Stimmzettel, die den Willen nicht zweifelsfrei erkennen lassen.

Der Landesvorstand wählt einen mindestens aus drei Personen bestehenden Wahlvorstand. Die abgegebenen Stimmzettel werden in Wahlurnen in der Landesgeschäftsstelle verwahrt und nach Ablauf des Mitgliederentscheids vom Wahlvorstand ausgezählt.

Nach Abschluss der Auszählung ist ein Abstimmungsprotokoll anzufertigen, in dem der gesamte Wahlvorstand die Richtigkeit unterzeichnet. Das Ergebnis ist mitsamt den Stimmzetteln unverzüglich an die Landesgeschäftsstelle weiterzugeben. Stimmzettel und Abstimmungsprotokolle sind dort für die Dauer eines Jahres verschlossen aufzubewahren.

Der Landesvorstand veröffentlicht das Ergebnis des Mitgliederentscheids. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die bis zum 20. Februar 2012 nach den Vorgaben des Organisationsstatuts durch die Ortsvereine aufgenommen wurden. Die Auszählung ist parteiöffentlich. Zur Unterstützung der Auszählung kann der Wahlvorstand weitere Mitglieder hinzuziehen. ■

## Partei mit Geschichte

Der Adam-Wolfram-Preis des SPD-Landesverbandes

Es steht unserer Partei gut an, gelegentlich Beschlüsse zu fassen, die weit in die Zukunft hinein wirken. Zwei davon waren vor über zehn Jahren die Einsetzung einer Historischen Kommission und die Auslobung eines Preises für Arbeiten, die an die Geschichte unserer Partei erinnern und bei der Traditionspflege helfen. Dieser Preis wird auf jedem ordentlichen Parteitag vergeben. Er ist mit 500 EURO dotiert und nach Adam Wolfram (1902-1998) benannt, dem Ehrenvorsitzenden des Landesparteirates.

Einige von uns haben ihn noch gut gekannt. Er war „lebendige Geschichte“: 80 Jahre lang SPD-Mitglied, Gewerkschafter und Präsident des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt. Adam Wolfram musste 1951 wegen des zunehmenden politischen Drucks aus der DDR fliehen, denn der „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ wurde von den Kommunisten, unterstützt durch die sowjetische Besatzungsmacht, mit aller Härte geführt. Gleich 1990 kam er regelmäßig zu Besuch, stand uns mit Rat und Tat zur Seite und half beim Aufbau des Landesverbandes.

Zu den bisherigen Preisträgern gehören die Falken-Band „Zeit zum Aufstehen“ für die Pflege des Arbeiterliederschatzes und der Ortsverein Schönebeck für die jahrelange und vielfältige Hermann-Kasten-Ehrung. Auf dem Salzwedler Parteitag im November 2011 wurde der Preis auf Antrag des Ortsvereins Burg von der Landesvorsitzenden Katrin Budde an Udo Krause überreicht.



Krause hat in seiner Magisterarbeit „Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle [und] die

Entwicklung der Ortsvereine in Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes



Sachsen-Anhalt 1990“ aufgearbeitet. Die Historische Kommission schloss sich der Meinung der Antragsteller an, dass der SPD-Landesverband mit dieser Dokumentation einen unschätzbaren Wert in den Händen hat. Es ist wichtig zu wissen, was damals vor sich ging und welche Gründe die Männer und Frauen hatten, sich in dieser Zeit zur Sozialdemokratie zu bekennen und am Aufbau der Partei zu beteiligen. Ein Großteil des Textes wurde in die „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“ Heft 5, Teil 1 u. 2 aufgenommen und kann insgesamt auf der Internetseite des Landesverbandes gelesen werden.

Im Unterschied zu den anderen Parteien handelte es sich bei uns um echte Neugründungen, die im Zuge der Friedlichen Revolution an vielen Stellen gleichzeitig erfolgten. Daher bestand von Beginn an die Gefahr, dass viele Dokumente, Papiere und Erinnerungen unwiederbringlich verloren gehen würden. Udo Krause fasste von dem noch Erreichbaren so viel zusammen, dass wir nun ein übersichtliches Gesamtbild haben.

Für bessere Kenntnisse unserer Geschichte arbeiten auch viele andere, z. B. diejenigen, für die der Preis gleichermaßen beantragt wurde, die aber nicht zu Preisträgern gekürt wurden. Alle diese Arbeiten befassen sich mit der Vergangenheit, auf die wir als Partei zu Recht stolz sein können. Denn wir haben eine 150jährige Geschichte, in der wir trotz aller Schwierigkeiten und Niederlagen stets nach vorn blickten. Wir können sagen: fortschrittlich sein hat bei uns Tradition.

Dr. Rüdiger Fikentscher ■

## Der Rote Faden

von Oliver Draber

Da ist er also: Der erste Mitgliederentscheid in einer Sachfrage. Als erster Landesverband der SPD haben wir Salzwedel die Grundlage dafür geschaffen diesen als reine Briefwahl machen zu können. Ein neues Instrument der innerparteilichen Willensbildung, direkt und demokratisch. Ich hoffe er ist der Auftakt einer Reihe von Mitgliederentscheiden in Sachfragen, um die Beschlüsse der Landesparteitage zu ergänzen. Ich wünsche mir eine möglichst hohe Beteiligung an der Abstimmung, als Zeichen dafür, dass die Partei das Instrument des Mitgliederentscheids annimmt.

Warum beginnen wir ausgerechnet mit dem Thema Kennzeichnungspflicht für PolizistInnen? Wir haben einerseits einen Landesparteitagsbeschluss der sich für die Kennzeichnungspflicht ausspricht, andererseits gibt es einen Beschluss die Aufnahme dieser Forderung nicht ins Wahlprogramm zur Landtagswahl zu übernehmen. Diesen Widerspruch wollen wir mit dem Mitgliederentscheid auflösen. Die Debatten zum Thema Kennzeichnungspflicht werden und wurden immer sehr emotional geführt. Mit nachvollziehbaren Argumenten auf beiden Seiten. Diese Argumente werden wir mit dem Versand der Briefwahlunterlagen an die Mitglieder verteilen. Bereits vorher gibt es schon zahlreiche Veranstaltungen in den Gliederungen. Auch im nächsten Vorwärtswort wird den Argumenten Raum gegeben werden.

Die Gespräche und Kommentare zum Mitgliederentscheid sind Beleg dafür, dass innerhalb und außerhalb der Partei das Instrument des Mitgliederentscheids mit sehr viel Lob bedacht werden – Beteiligt euch, damit er ein Erfolg wird!

Oliver Draber  
-Landesgeschäftsführer- ■



## Lust auf Facharbeit?

### Neue Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse

Der SPD-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 13. Februar 2012 die Gründung der drei neuen Arbeitsgemeinschaften „Behinderte Menschen in der SPD (Selbst Aktiv)“, „Lesben und Schwule in der SPD (Schwusos)“ und „Migration und Vielfalt“ beschlossen. Gleiches gilt für die Gründung des Landesfachausschusses Demografie.

Alle, die Interesse an einer Mitarbeit haben und zur Gründungsversammlung und folgenden Veranstaltungen eingeladen werden möchten, können sich in der Landesgeschäftsstelle bei Chris Henze melden und in die neu aufzubauenden Verteiler aufnehmen lassen.

Die Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften und dem Fachausschuss ist natürlich auch für Nichtmitglieder offen!

**Kontakt Chris Henze:**  
0391/ 53656-16 oder [chris.henze@spd.de](mailto:chris.henze@spd.de)

## AfA wählt neuen Landesvorstand



Ende 2011 fand die Landeskonferenz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Sachsen-Anhalt in Magdeburg statt. Dals Gäste begrüßten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die SPD-Landesvorsitzende Katrin Budde und den DGB-Landesvorsitzenden Udo Gebhardt.

Katrin Budde hob beim Thematik „Gute Arbeit“ hervor, dass auf Initiative der SPD im neuen Vergabegesetz des Landes die öffentliche Auftragsvergabe zukünftig an die Einhaltung von tariflichen und sozialen Standards gekoppelt wird. Ebenso soll diese Forderung im Bereich der Investitionsförderung im Rahmen der GRW-Richtlinie verankert werden. Udo Gebhardt begrüßte es aus Sicht der Gewerkschaften ausdrücklich, dass die SPD diese beiden Themen politisch vorantreibt und um-

setzt. Im Gegenzug lobte der AfA-Landesvorsitzende die neue Qualität der Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften. „Besonders die AfA, aber auch der SPD-Gewerkschaftsrat seien wichtige Scharniere für die Zusammenarbeit geworden“, so Steppuhn.

Neben der turnusmäßigen Neuwahl des AfA-Landesvorstandes standen zahlreiche arbeitsmarktpolitische Anträge auf der Tagesordnung, in denen die AfA ihre Standpunkte deutlich machte. In der Debatte wurde die Notwendigkeit von existenzsichernden Löhnen und Gehältern bekräftigt und mit der Forderung nach ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn verbunden, wenn tariflicher Regelungen fehlen. Arbeitsuchende dürften von der Arbeitsagentur und den Jobcentern nicht zu tarifwidrigen

Bedingungen vermittelt werden. Zudem soll sich die SPD für eine schnellstmögliche Angleichung aller Löhne, Gehälter und Bezüge im Osten Deutschlands an das Westniveau einsetzen. In weiteren Anträgen positionierten sich die Delegierten unter anderem gegen ausbeuterische Kinderarbeit und Spekulation mit Lebensmitteln und forderten die Weiterführung des Pflegeförderprogrammes der Bundesregierung.

Bei der Vorstandswahl hieß der alte und neue AfA-Landesvorsitzende Andreas Steppuhn. Ein einstimmiges Ergebnis spricht eine klare Sprache. Mit sehr guten Ergebnissen wurden ebenfalls Kornelia Keune und Waltraud Wolff in ihren Ämtern als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Gleiches galt für die weiteren Landesvorstandsmitglieder. ■

### Der neue AfA-Landesvorstand

#### Vorsitzender:

Andreas Steppuhn (MdL)

#### Stellvertretende Vorsitzende:

Kornelia Keune, Waltraud Wolff (MdB)

#### Beisitzer:

Seluan Al-Chakmakchi, Steffen Amarell, Mario Becker, Ilona Döring, Rita Föhse, Mario Hennig, Andreas Kirchoff, Friedel Meinecke, Eberhard Nothmann, Holger Ohse, Andreas Poppe, Andreas reichstein, Gerd Tunnat, Veronika Zabel

## Sonne, Wind und Biomasse

Die Energiewende als historische Chance für Ostdeutschland



Die Notwendigkeit einer Energiewende ist in der SPD längst keine exotische Einzelmeinung mehr. Sie ist politischer Mainstream. Seit vielen Jahren arbeitet die Sozialdemokratie aktiv daran, diesen Wandel mitzugestalten. „Wir brauchen gute Konzepte und ein entschlossenes Handeln, damit Energie auch nach dem Atomausstieg bezahlbar bleibt, für Wirtschaftsunternehmen als auch für den Endverbraucher“, eröffnete Wolfgang Tiefensee, Vorsitzender des Forum Ostdeutschland, eine Podiumsdiskussion zur Energiewende in Aschersleben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte dazu bereits vor einiger Zeit eine Studie an der Leipziger Universität in Auftrag gegeben, um verschiedene energiepolitische Szenarien durchzuspielen.

„Die Energiewirtschaft ist gut auf die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke eingerichtet“, fasste Hendrik Kondziella als einer der Autoren der Studie („Der Einstieg in den Ausstieg“) deren Ergebnisse zusammen. Mit den bereits eingeleiteten und noch bevorstehenden Handlungsschritten ist weder die Versorgungssicherheit noch die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung gefährdet. Dennoch sei es

eine große Aufgabe, den wegfallenden Atomstrom durch erneuerbare Energien auszugleichen. „Langfristig ist aber davon auszugehen, dass die hochgerechneten Strompreise sowohl für Endkunden als auch für die Wirtschaft im Vergleich zum jetzigen Energiemix fallen werden“, so Kondziella.

Für Dirk Tempke, Präsident des Landesverbandes für erneuerbare Energien, ist die stärkere Förderung regionaler, dezentraler Wertschöpfungskreisläufe die wesentliche Herausforderung für die Zukunft. „Wir sehen doch, wie schleppend der Netzausbau vorangetrieben wird“, so Tempke. „Wir müssen Wirtschaft dort anzusiedeln, wo Energie produziert wird.“ Dabei werden die kommunalen Energieversorger

ein wichtiger Partner sein, ergänzte Wolfgang Tiefensee, ein Ansatz der beim Ascherslebener Oberbürgermeister Andreas Michelmann auf großen Beifall stieß.

„Sachsen-Anhalt hat in diesem Wettlauf um Stromerzeugung, Nutzung und Export bereits viele Ziele erreicht“, sagte Finanzminister Jens Bullerjahn zur Situation im Land und fügte an: „Energiepolitik braucht Verlässlichkeit, deshalb haben wir sie auf Nachhaltigkeit angelegt.“ So sind mehrere Forschungszentren in Sachsen-Anhalt aktiv und zukünftig werden Landesflächen zur energetischen Nutzung zur Verfügung gestellt. Zudem habe die Landesregierung einen Antrag zur Gleichstellung der Gewerbesteuererlegung bei Photovoltaik-Anlagen mit Windenergieanlagen im Bundesrat eingebracht.

Mit dem Stark III-Programm des Landes wird die SPD ihr Versprechen einhalten, Schulen und Kitas fit zu machen. Bei der Sanierung dieser Bildungsinfrastruktur wird Energieeffizienz großgeschrieben. 600 Millionen Euro sollen dabei bis 2020 in die energetische Gebäudesanierung investiert werden. Prof. Michael Schäfer von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde lobte dieses Vorgehen. Ostdeutschland könne so energetisch und wirtschaftlich von der Energiewende profitieren und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Yves Metzger



### „Kriegerin“

Politischer Film in Bitterfeld-Wolfen

Nach intensiver Recherche in der rechtsextremen Szene schuf der Regisseur David Wnendt mit authentischen Darstellern und einer überzeugenden weiblichen Hauptrolle ein packend inszeniertes Regiedebüt. „Kriegerin“ ist Wnendts Abschlussarbeit an der Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf Potsdam-Babelsberg. Nicht irgendwo, sondern in Bitterfeld-Wolfen, dem Wahl- und Betreuungskreis der Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Angela Kolb fanden im Sommer des vergangenen Jahres die Dreharbeiten statt.

Vor dem offiziellen Kinostart am 19. Januar kehrte Wnendt an den Entstehungsort seines Regiedebüts zurück und präsentierte im bis auf den letzten Platz gefüllten Industrie- und Filmuseum ein Sozialdrama, das angesichts der Gewaltverbrechen der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle mit besonderer Spannung erwartet wurde.

Schonungslos und explosiv spielt Wnendts Mit-Absolventin Alina Levshin die Figur der von ihrem Großvater geprägten „Nazibraut“ Marisa. „Sie ist aggressiv und schlägt zu wenn ihr jemand dumm kommt“. Die Situation eskaliert, als Marisa und ihre Clique am einheimischen Badeseer auf die jungen Asylanten Jamil und Rasul treffen. Und dann ist da noch die Neue, die 15-jährige Svenja die in die Gruppe drängt. „Welten treffen aufeinander und ziehen eine fatale Kettenreaktion nach sich“.

„Das ist ein beeindruckender Film“, betonte Sachsen-Anhalts Justiz- und Gleichstellungsmministerin Prof. Dr. Angela Kolb auf der vom Verein „Frauen helfen Frauen“ organisierten Podiumsdiskussion. Gemeinsam mit dem Regisseur David Wnendt und dem Darsteller „der Figur Sandro“ Gerdy Zint diskutierten im Anschluss 200 Gäste an einem eindrucksvollen Filmabend.

Thomas Engler

## Wählen ab 16

Rüdiger Erben sucht Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Landesschule Pforta



Man ist nie zu jung zum Wählen, dachte sich wohl die sachsen-anhaltische SPD, als sie auf Landesparteitag im November 2011 das Wählen ab 16 beschloss. Zukünftig sollen auch Jugendliche ab 16 Jahren über die Zusammensetzung ihres Landesparlaments bestimmen können.

#### Impressum:

V.i.S.d.P.: Oliver Draber  
Redaktion: Dr. Falko Grube  
Gestaltung: Jörn Rößler  
Beiträge an:  
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de  
Anschrift:  
SPD-Landesgeschäftsstelle, Redaktion WISA,  
Bürgerstraße 1, 39104 Magdeburg

Sachsen-Anhalt wäre damit nach Bremen und Brandenburg das dritte Bundesland zu machen mit einer solchen Regelung.

Was aber halten die Jugendlichen selbst davon? Um dieser Frage nachzugehen, startete der stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende Rüdiger Erben Gesprächsrunden in verschiedenen Schulen. Start der Reihe war am 18. Januar in der Landesschule Pforta.

Obwohl die Schüler die Einführung eines Wahlrechts ab 16 auf Landesebene generell begrüßen, gab es einigen Diskussionsbedarf. So stellten die Jugendlichen die Frage, wie das politische Interesse erzeugt werden soll. Schließlich sei dies eine der Voraussetzungen für das aktive Wahrnehmen des Wahlrechts ist. Erben stimmte dem zu, aber zeigte sich gleichzeitig optimistisch. „Das politische Interesse existiert doch bereits“, erklärte er. „Das sieht man doch an Euch. Dieses Interesse muss aber gefördert und flankiert werden.“ Die Hauptverantwortung dafür liege bei den Schulen und der Landeszentrale für politische Bildung, die die Jugendlichen schon weit vor dem Urnengang auf diesen vorbereiten müssen.

Als eines der zentralen Bedenken äußerten die Schülerinnen und Schüler, dass unter Umständen gerade extreme Parteien von einem Wahlrecht ab 16 profitieren könnten. Rüdiger Erben gab zwar zu, dass die extremen Parteien eine ständige Bedrohung seien, er bezweifelte aber, dass

diese Bedrohung durch eine Änderung des Wahlrechts größer wird. „Die Bürgerschaftswahlen in Bremen, aber auch die Bezirkswahlen in Berlin haben gezeigt, dass Parteien wie die NPD aus der jüngeren Wählerschaft kein Profit schlagen konnten“, so der Innenpolitiker.

In der Diskussion forderten die Jugendlichen nicht zuletzt ein konsequentes Handeln ein. „Wenn das Wählen ab 16 auf Landesebene erlaubt sein soll, warum dann nicht auch im Bund?“ Bei Erben rannten sie dabei offene Türen ein. „Die Nationalratswahlen in Österreich zeigen, dass Jugendliche auch auf höheren Ebenen Verantwortung übernehmen können.“ Wir dürfen gespannt auf den nächsten Parteitag sein.

### Terminankündigungen

29. März 2012 – Ab 18 Uhr trifft sich die SGK mit Sozialminister Norbert Bischoff im Ernst-Reuter-Haus, Magdeburg. Thema wird das KiFög sein.

30. März 2012 – Im Mehrgenerationenhaus BBFZ in Dessau findet ab 17:30 Uhr die Veranstaltung „Fraktion vor Ort - Thema: Demografischer Wandel“ mit Burkhard Lischka, Waltraud Wolff und Franz Müntefering statt.

31. März 2012 – In der Hochschule Harz findet ab 10 Uhr eine SGK-Veranstaltung zum Thema „E-Government/Neue Medien in der Kommunalverwaltung“ mit Prof. Wolfgang Beck statt.